



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Ztr., außerhalb incl. Porto 2 Ztr. 11/2 Sgr. Inserationsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilagen 1/4 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Konten Beilagen auf die Freitag, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 262. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 8. Juni 1861.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Turin, 7. Juni. Die „Nationalité“ meldet, daß Garibaldi ziemlich schwer auf Caprera erkrankt sei.

Rom, 6. Juni. Der Papst ist von einem leichten Fieber befallen.

Turin, 7. Juni. Die Leichenfeier für den Grafen Cavour findet heute Abend 6 Uhr statt. — Ricasoli, der mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt worden, ist erkrankt.

Turin, 6. Juni. Die Trauer ist allgemein. Alle Läden sind geschlossen. Eine Proclamation der Municipalität fordert die Bevölkerung auf, müthig und standhaft zu bleiben.

Das Amtsblatt sagt, der König habe gestern Abend noch dem Minister Cavour einen Besuch abgestattet. Cavour's letzte Augenblicke seien sehr ruhig gewesen und er habe noch im Augenblicke des Verschwindens sein festes Vertrauen auf das Schicksal Italiens ausgedrückt.

Turin, 6. Juni. Unter Bezeugungen tiefen Schmerzes abseiten der Deputirten, zeigte der Präsident in der heutigen Sitzung des Parlamentes in längerer Rede, in der er die Verdienste des Verstorbenen um Italien beleuchtete, dem Parlamente den heute früh erfolgten Tod Cavour's an. Zum Zeichen der Trauer suspendirt das Parlament seine Sitzungen während drei Tagen. Während der nächsten zwanzig Tage wird eine schwarze Fahne auf der Tribüne des Parlamentes entfaltet. Die Stadt trauert.

Paris, 6. Juni. Die Nachricht vom Tode Cavour's hat hier einen tiefen Eindruck hervorgebracht. Sämmtliche pariser Abendblätter sprechen ohne Ausnahme ihr Bedauern über diesen Todesfall aus.

Die „Patrie“ widerlegt die von einigen italienischen Blättern gebrachte Nachricht, daß Garibaldi nach Amerika zu gehen beabsichtige.

Paris, 6. Juni. In Turin sind zum Zeichen der Trauer sämtliche Geschäfte eingestellt, alle Verkaufsläden geschlossen und sämtliche Fenster schwarz verhängt. Wahrscheinlich werden Ricasoli und Rattazzi den verstorbenen Grafen Cavour im Ministerium ersetzen.

London, 6. Juni, Nachts. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Russell auf eine desfallige Interpellation Stanley's, die Regierung habe keinen officiellen Bericht erhalten, welcher bestätigt, daß ein Regiment canadischer Freiwilliger den Präsidenten Lincoln seine Dienste angeboten habe. — Im Oberhause bestätigte Lord Wodehouse die Nachricht von dem Ableben Cavour's und fügte hinzu, daß es unnütz sei, eine Lobrede auf Cavour zu halten; die Geschichte werde seinem Patriotismus Gerechtigkeit widerfahren lassen. Sein Tod sei in der gegenwärtigen Krisis in Italien ein allgemeiner großer Verlust. Brougham, Malmesbury und Bath sprechen dieselbe Ansicht aus.

Marseille, 5. Juni. Wir haben heute Briefe aus Konstantinopel vom 28. und aus Athen vom 31. Mai erhalten. In Konstantinopel sagte man, die Worte weigerte sich, dem Libanon einen christlichen Fürsten als Gouverneur zu bewilligen, sie wolle aber für diese Functionen Halim Pascha, den Bruder des Vicekönigs von Egypten, annehmen.

Von der polnischen Grenze, 6. Juni. Der gestrige „Gaz“ will wissen, daß der Papst das in einem eigenhändigen Schreiben an ihn gerichtete Gesuch des Kaisers von Rußland, ein Breve in Betreff der polnischen Demonstrationen zu erlassen, zurückgewiesen, dem Kaiser vielmehr die Strafen Gottes für die Verfolgung der Christenkirche und für Blutvergießen Unbewußt angebrocht habe! Der „Gaz“ glaubt, daß in Folge dessen die Abberufung Kisseleff's aus Rom möglich sei.

Preußen.

Berlin, 7. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Rechtsanwält Justiz-Rath George Wilhelm Kieselbach zu Halberstadt den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, so wie dem königlich hannoverschen Gendarmrie-Wachmeister Schroeder I. zu Fzburg, dem fürstlich braunschweigischen Hof-Schlossermeister Conrad Couvely zu Braunfels, dem Fabrik-Aufsicher Caspar Stoeker zu Solingen und dem Kasernenwärter Benedikt Goebel zu Berlin das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen. (St.-A.)

**** Berlin, 7. Juni.** [Westen.] — Vom Polizeipräsidium. — Die Erkrankung der Königin Victoria. Die „Preuß. Ztg.“ berichtet: „Wie wir vernehmen, entbehrt das Gerücht, daß der Stadtgerichtsrath Westen von seinem Amte suspendirt sei, jeder Begründung. Vielleicht hat der Umstand, daß Herrn Westen für die Dauer seiner Krankheit seitens seiner vorgesetzten Dienstbehörde eine Vertretung substituirt worden ist, zu dem erwähnten falschen Gerücht Veranlassung gegeben.“ — Der Geh. Regierungsrath v. Winter hat der Stadtverordnetenversammlung schriftlich angezeigt, daß ihm die commissarische Verwaltung des Amtes des hiesigen Polizei-Präsidenten übertragen worden sei. Der Vorsitzende der Versammlung, Kitzig, zeigte bei Verlesung dieses Schreibens derselben zugleich an, daß der Geh. Rath v. Winter ihm sofort nach seinem Amtsantritt seinen Besuch abgestattet und dabei den Wunsch ausgesprochen habe, nachdem er sich in seinem jetzigen Geschäftskreise informirt haben würde, mit ihm noch näher zu bezeichnenden Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zu conferiren, um sich dadurch von den Wünschen und Bedürfnissen der Commune zu unterrichten. — Die Nachrichten über eine durch Schnermuth erzeugte Erkrankung der Königin Victoria, welche den Rath mehrerer deutschen und französischen Aerzte in Anspruch nehmen ließe, werden von einer Seite, die gerade über diesen Punkt unterrichtet sein kann, in Abrede gestellt.

— Das 19. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 5379 das Gesetz, betreffend die anderweite Regelung der Grundsteuer. Vom 21. Mai 1861; unter

„ 5380 das Gesetz, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer. Vom 21. Mai 1861; und unter

„ 5381 das Gesetz, betreffend die für die Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen und Bevorzugungen zu gewährende Entschädigung. Vom 21. Mai 1861.

[Vom Hofe.] S. M. der König und die Königin und die anderen hier anwesenden Mitglieder der königl. Familie wohnten heute Vormittag 11 Uhr in der Kapelle des kronprinzlichen Palais der Gedächtnisfeier des Sterbetages weiland St. Maj. des Königs Friedrich Wilhelm III. bei. Die Gedächtnisrede hielt der General-Superintendent Dr. Hoffmann, die liturgischen Gesänge wurden von einer Abtheilung des Domchors ausgeführt. Nach dem Schlusse der Feier wurden die allerhöchsten und höchsten Herrschaften nach Charlottenburg zum Mansfelden.

— Wie wir vernehmen, wird Se. kgl. H. der Prinz Karl am Johannistage, den 24. d. Mts., in höchstem Palais hieselbst ein Mittel des Johanniter-Ordens abhalten. Der Ritterschlag des Ordens (Aufnahme von Ehrenrittern und Rechtsrittern) fällt für dieses Jahr aus, und soll erst im künftigen Jahre in Sonnenburg stattfinden.

— Das Staatsministerium trat heute Vormittag 11 Uhr in einer Sitzung zusammen. Man vermuthet, daß in dieser Sitzung über die Feststellung der bevorstehenden Verhältnisse berathen sein dürfte.

— Der Minister der Landwirtschaftlichen Angelegenheiten Graf

Pückler hat sich noch im Laufe des gestrigen Tages mit Urlaub nach seinem Gute Schedlau in Schlesien begeben. (Siehe das heutige Morgenblatt d. Ztg.)

[Patent.] Dem königl. Baumeister A. Marcks zu Magdeburg ist unter dem 4. Juni 1861 ein Patent auf einen Ofen zum Verbrennen der bei der Spiritusbrennerei aus Rübenmelasse gewonnenen Schlernpe in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen ganzen Zusammenfügung, und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu behindern, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Deutschland.

Karlsruhe, 5. Juni. [Eröffnung der badischen Generalsynode.] Heute hat die Eröffnung der Generalsynode stattgefunden, wobei der Großherzog folgende Ansprache an die Versammlung richtete:

„Liebe Freunde und Glaubensgenossen!“ Kraft meines Amtes als landesherlicher Vorstand und Bischof unserer Kirche habe ich Sie hierher entboten zur Verathung eines erneuten kirchlichen Grundgesetzes und heiße ich Sie heute bei Ihrem Zusammentreffen zu diesem großen Zwecke von Herzen willkommen.

Den Grundgedanken einer möglichst vollkommen herzustellenden Selbstständigkeit und Autonomie beider christlichen Kirchen in meinem Lande habe ich von meinem Regierungsantritt an unablässig festgehalten und habe demselben in Bezug auf meine eigene theuere Kirche, nach mancherlei Störungen und schwer zu überwindenden Schwierigkeiten, zuerst in der Ansprache vom 7. April v. J. einen öffentlichen Ausdruck gegeben. Nachdem durch die Staatsgesetzgebung für die Verwirklichung dieses Grundgedankes freier Raum gewonnen war, habe ich sofort von der zuständigen Behörde einen Entwurf ausarbeiten lassen, der denselben für unsere bestehende kirchliche Verfassung fruchtbar macht. Ihnen, liebe Herren, ist nun die synodale Prüfung und Billigung dieses Entwurfes überantwortet.

Seit der Annahme der Union vor vierzig Jahren ist der badischen Generalsynode keine wichtigere und folgenreichere Aufgabe geworden, als die gegenwärtige; ich habe dem Gefühle ihrer umfassenden Bedeutung vor Allem dadurch Ausdruck verliehen wollen, daß ich heute selbst in Ihre Mitte trete, um damit zugleich Ihnen ein Zeugnis zu geben von der treuen Liebe, mit welcher ich das mir anvertraute landesbischöfliche Amt im Herzen trage und es schützend und schirmend auszuüben trachte.

Von solchen Empfindungen erfüllt, ist es mir Bedürfnis, die Eröffnung Ihrer Verathungen mit ernstlichen und treuemgeinten Worten zu begleiten. Ein bedeutungsvoller Tag ist für uns angebrochen, ein Tag, an dem wir Zeugnis geben können von dem Geiste, der in der christlichen Gemeinde leben soll. Ich vertraue auf die Macht dieses Geistes.

Es ist der Geist christlicher Liebe und christlichen Glaubens. Es ist der Geist christlicher Demuth und christlicher Zuversicht. In solchem Geiste, liebe Freunde, bitte ich Sie, das Friedenswort anzugreifen. Es handelt sich dabei nicht um den vorübergehenden Sieg dieser oder jener Partei und Zeitrichtung; es handelt sich darum, daß, wie Gott nur durch freie Liebe wahrhaft geirren werden kann, so unsern Gemeinden Gelegenheit geboten werde, den Glauben und die Liebe ihres Herzens in freier Selbstthätigkeit an den Tag zu legen. Freie Selbstthätigkeit der Gemeinden in allen ihren Gliederungen, das in der That, ist der leitende Gedanke des Ihnen vorgelegten Entwurfes — ein Gedanke, der, wie mit der ursprünglichen Lehre, so auch mit der ursprünglichen Geschichte unserer christlichen Kirche im Einklange steht und deshalb doppelt berechtigt ist, sich als ein christlicher geltend zu machen.

Die erneute Verfassung, welche wir zusammen ausarbeiten wollen, betrifft freilich nur das äußerliche Leben des Christenthums, und sie glaubt nicht die innerliche Erneuerung, Erweckung und Heiligung durch äußerliche Formen erzeugen zu können. Damit aber, was von erneuertem und beglücktem Sinne in der Gemeinde wohnt, sich frei äußern, bewegen und betheiligen könne, und alle Theilnahmeleistung — der Grund vielfachen Uebels — für die Zukunft vermieden werde, soll ein mehr allgemeiner Antheil durch die kirchlichen Verfassungsformen gewährt werden. Dabei dürfen wir vielleicht hoffen, daß mit dem Neubau des äußeren Tempels auch der Geist, welcher ihn erfüllen soll, erneuert und gekräftigt werde.

Je lebendiger nun der in der Liebe thätige Glaube sein wird, um so mehr darf und soll auch Raum und Freiheit gegeben sein zu den mannichfaltigen und verschiedenartig geformten Äußerungen dieses Glaubens. Die gewährten Rechte aber ziehen auch Pflichten nach sich für die Kirchengemeinden und ihre Glieder, bei deren Erfüllung dieselben, ich vertraue es sehr, bewiesen werden, daß der Geist evangelischer Freiheit zugleich ein Geist der Ordnung, der Demuth und des Vertrauens ist.

Der innige Zusammenhang, in dem unsere badische Kirchen-Verfassungsfrage mit der großen Frage der deutschen evangelischen Kirche steht, ist der zweite Hauptpunkt, auf den ich, liebe Freunde und Glaubensgenossen, Ihre Aufmerksamkeit noch zu richten wünsche. Vergessen Sie nicht, wie ich es nie vergessen werde, daß unsere badische Landeskirche nichts ist und nichts sein soll, als ein kräftiges Glied der deutschen evangelischen Kirche, und erheben Sie sich mit mir an dem Gedanken, daß wir mit dem Neubau unserer Kirche zugleich einen Stein legen zu dem Aufbau dieser großen Gesamtkirche. Wann auch immer dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit seine Befriedigung finden mag, lassen Sie uns seine Berechtigung und seine Kraft vor Allem dadurch betheiligen, daß wir, im Geiste mit unseren deutschen evangelischen Schwesterkirchen vereint, thätig und unermüdet darnach streben, den rechten äußeren Ausdruck innerer Einheit zu gewinnen.

Beginnen Sie denn nunmehr, liebe Freunde und Brüder, in Gottesfurcht und Treue Ihre Arbeiten! Schaffen Sie in Mühseligkeit und Eintracht, in Freiheit und Gläubigkeit, in christlich deutscher Entschlossenheit und Frömmigkeit, und lassen Sie uns gemeinsam Ihn, das ewige Haupt unserer großen unsichtbaren Kirche, dadurch zu ehren suchen, daß wir den uns zugewiesenen Theil Seiner sichtbaren deutschen Kirche mit neuer Lebenskraft zu erfüllen suchen.

Er, dem unsere Arbeit gilt, Er, dessen Reich wir zu verbreiten streben, segne und erleuchte Ihre Verathungen!

Hierauf erfolgte die Constituirung der Synode im Ständehause, im Sitzungssaale der ersten Kammer.

Großbritannien.

London. [Unterhaus-Sitzung vom 4. Juni.] Whalley bringt wieder die unselbige Maynooth-Angelegenheit zur Sprache und beantragt eine Resolution, welche gegen die Unterstützung des katholischen Seminars zu Maynooth aus Staatsmitteln gerichtet ist. Die Fortzahlung dieser Subsidie, bemerkt er, habe eine politische Wirkung, die bei der gegenwärtigen Lage Europa's weber mit der Ehre, noch mit den Interessen Englands verträglich sei, welches jährlich 30,000 Pfd. St. zahlt, um Lehren zu verbreiten, von denen Europa nichts wissen wolle. Sir W. Vernon unterfährt den Antrag, D. Seymour beantragt ein Amendement, welchem zufolge der Staat überhaupt gar keine Subsidien zu kirchlichen und religiösen Zwecken in Großbritannien und Irland zahlen soll. Er hält dies für ein consequentes Verfahren. Cardwell bemerkt, es sei wünschenswerth, daß diese Frage, welche so sehr geeignet sei, eine gereizte Stimmung hervorzurufen und zu peinlichen Discussionen zu führen, nicht wieder aufgeführt werde. Spöner erklärt, bloß sein schwacher Gesundheitszustand sei der Grund, weshalb nicht er auch in diesem Jahre den Gegenstand wieder vorgebracht habe. Seine Ansichten seien noch immer die alten, und er glaube nach wie vor, daß in Maynooth Lehren gepredigt würden, die dem Worte Gottes zuwiderläufen. Nachdem noch Somes, Newdegate und Scully gesprochen haben und Seymour seinen Antrag zurückgezogen hat, wird der Antrag Whalley's mit 191 gegen 114 Stimmen verworfen. Denman beantragt die Niederlegung eines Sonder-Ausschusses zur Untersuchung der Ansprüche des Barons Bode. Es handelt sich dabei um eine seitens der englischen Regierung zu leistende bedeutende Entschädigungssumme für Besitzungen im Elsaß, die dem in England gebornen Vater des Barons durch den französischen Convent confiscirt worden waren. Im Jahre 1815 hatte die restaurirte französische Regierung der britischen eine Geldsumme ausgezahlt, um britische Unterthanen, die auf ähnliche Weise

zu Schaden gekommen, zu entschädigen. Die Streitfrage nun dreht sich in dem vorliegenden Falle darum, inwiefern Baron Bode (der Vater) rechtlich als britischer Unterthan und das confiscirte Eigenthum als britisches Eigenthum zu betrachten sei. Dem Unterhause ist die Angelegenheit nicht neu; es hat die Forderung des Hrn. v. Bode zu wiederholtenmalen abgewiesen. Gegen den Antrag sprechen der Attorney General, Lord Palmerston und der Schatzkanzler; für denselben Sir G. B. Popham. Bei der Abstimmung wird der Antrag mit 134 gegen 112 Stimmen angenommen.

Belgien.

Brüssel, 5. Juni. [Zur Situation.] Die hiesige russische Gesandtschaft hat sehr erfreuliche Nachrichten über den Empfang des am 29. Mai in Moskau angekommenen Zaren erhalten. Ueber 30,000 Menschen haben Alexander II. am Bahnhof erwartet, und er wurde unter begeisterten Zurufen wörtlich auf den Händen bis in den kaiserl. Palast getragen. Weniger günstig lauten die Berichte über die allgemeinen Zustände, denn die Aufregung ist eine große. In Kasan wurden 700 Personen gepöbelt und 70 nach Sibirien geschickt. Der Handel stinkt und die Ausfuhr ist auf Null. Trotz der geringen Fracht von 1 Schilling per Tchetwert Getreide von Petersburg nach London sind die Acker ohne Geschäft. Der Zar und die Zarin haben die Absicht, sich nach ihrer Rückkehr aus Moskau auf zwei Monate nach der Krim zu begeben. — Man spricht wieder viel von einer Annäherung zwischen den Kabinetten von Petersburg und Wien; dagegen sollen die Beziehungen des ersteren zu jenem von Paris sich nicht erkalten. — Aus Paris wird gemeldet, daß man dort die Erhaltung des Friedens für dieses Jahr entschieden in Aussicht stellt; dagegen deuten alle von der dortigen Regierung getroffenen Maßregeln darauf hin, daß sie die Möglichkeit eines Krieges mit England in einer gegebenen Zeit nicht aus den Augen verliert. So hat der Kaiser außer den beschlossenen Arbeiten zur Sicherstellung der französischen Häfen den Befehl ertheilt, in kürzester Frist die Zweigbahnen herzustellen, deren Aufgabe es ist, die Militärhäfen Frankreichs mit dessen vorzüglichsten Festungen zu verbinden. Der Kaiser hat diese Arbeiten als besonders dringlich der größtmöglichen Beschleunigung empfohlen. Die Regierung Frankreichs benutzte die Friedenszeit zu Unterhandlungen mit verschiedenen Mächten Europa's. So wird bekanntlich in diesem Augenblicke zwischen Paris und Madrid bezüglich des Abschlusses eines Handelsvertrages verhandelt, und man versichert mir von gut unterrichteter Seite her, daß diesen Unterhandlungen andere folgen sollen, welche das Zustandekommen eines politischen Vertrages zum Gegenstande haben. — Der Schweizer General Dufour, der Lehrer und Freund Napoleon's III., ist in Fontainebleau, und wie man glaubt, steht der Besuch mit dem mit der Schweiz abzuschließenden Handelsvertrage in Verbindung. Der Kaiser soll sich sehr bitter über das Betragen der Schweizer ausgesprochen und unter Anderem die Bemerkung fallen gelassen haben, es sei unklug, ihn in der Weise zu reizen, wie die Schweizer thun. Er hat aber zugleich die Berücksichtigung gegeben, er denke an keine Vergrößerung auf Kosten der Schweiz, und alles, was gesagt werde, sei böswillige Erfindung. Dufour soll nicht eingeschüchtern gewesen sein und Napoleon III. manche Wahrheit gesagt haben. (K. Z.)

Spanien.

Madrid. Mehrere spanische Journale sprechen von einem wahrscheinlichen Zusammentreffen der Kaiserin von Frankreich mit der Königin von Spanien. Der „Epoca“ wird durch ein Schreiben aus Paris bestätigt, daß die Kaiserin im Laufe des Sommers die Pyrenäen besuchen werde, und wenn, wie die „Epoca“ hinzufügt, die königliche Familie sich nach den baskischen Provinzen begiebt, so liegt es außer Zweifel, daß der Kaiser und die Kaiserin ihr einen Besuch in San Sebastian abtatten werden. Im „Diario Español“ liest man, daß täglich mit größerer Bestimmtheit versichert wird, daß sich die Kaiserin Eugenie diesen Sommer nach den Pyrenäen und auf ihr Schloß Arteaqa begeben werde. Im genannten Schlosse würden bereits große Verschönerungsarbeiten ausgeführt. Das „Eco Vascongado“ fügt hinzu, daß in der Umgebung des Schloßes von Arteaqa Ländereien für Rechnung des Kaisers der Franzosen angekauft werden.

Nach einer Depesche aus Gibraltar vom 2. Juni ist es dem Prinzen Muley-Soliman gegliückt, von den östlichen Stämmen anerkannt zu werden. Er befindet sich an der Spitze einer ziemlich beträchtlichen Truppenzahl etwa 40 Kilometer von Fez.

Amerika.

New-York, 25. Mai. [Der Bundeskrieg.] Die Bundesstruppen sind (wie schon berichtet) in der Nacht vom 23. d. Mts. in Virginien eingerückt. Das 2., 7., 12., 69., 71. Regiment von New-York nebst Elsworth's Zuaven, die Brigaden New-Jersey und Michigan und einige von den Truppen aus Washington bildeten das Corps, welches ungefähr 13,000 Mann stark war, abgesehen von den den Potomac hinabgeschickten Abtheilungen, welche im Verein mit den im Fort Monroe stehenden Truppen operiren sollen. Diese Truppenmasse ist über mehrere wichtige Punkte vertheilt worden — Alexandria, die Höhen von Arlington und Fairfax-Court-House — welcher letzt-erwähnte Punkt besetzt worden ist, um den Vereinigungsnoten der Orange- und Alexandria- und Manassas-Gap-Eisenbahnen im Besitz zu haben. Das Einrücken in Virginia geschah von drei Richtungen aus — über die lange Brücke an der Mündung der Potomac-Wasserleitung, bei Georgetown und bei Alexandria. Die Vorhut beim Uebergang über die Brücke bildeten die National-Schützen der Stadt Washington; ihnen folgten andere Freiwilligen-Corps aus dem Bezirk Columbia, welche mit jenen in Gemeinschaft die Feldwachen der Virginier zurücktrieben. Die Bundesstruppen waren am 24. Morgens 2 Uhr im Besitz aller Punkte, nach denen sie bestimmt waren, und sigen sofort an, ihre Stellungen zu besetzen. Der wichtigste Erfolg war die Besetzung von Alexandria, und dieser Erfolg wurde wacker von den newyorker Feuer-Zuaven errungen, jedoch nicht ohne beklagenswerthen Verlust. Ihr junger Führer, Oberst Elsworth, wurde niederträchtigerweise in dem Marshall-Hotel von dem Wirthe ermordet, als er die Treppe des Hotels mit der Separatistenflagge herabstieg, welche er von dem Flaggenstock auf dem Dache des Gebäudes abgenommen hatte. Die Vergeltung der schmachvollen That folgte jedoch auf dem Fuße nach, denn der Mörder wurde sofort von einem der Leute Elsworth's niedergeschossen und mit dem Bayonet durchbohrt. Als das Regiment in die Stadt Alexandria einrückte, wurde es von den Rebellen-Truppen ohne Erfolg beschossen, worauf letztere entflohen. Fast in demselben Augenblicke, wo die Zuaven in die Stadt einrückten, langte das 1. Michigan-Regiment auf der Straße von der langen Brücke in der Stadt an und besetzte die Eisenbahnstation, wo es ihm gelang, eine Compagnie Cavallerie der Rebellen

